

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 33 / April 2013

ISSN 1439-2011

Krieg überwinden – hat das halb volle Glas einen Sprung?

Christine Schweitzer

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 33
April 2013
ISSN 1439-2011
2,50 €

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Eckpunkte der heutigen Situation	5
3. Anspruch und Wirklichkeit der Friedensförderung	9
3.1 Zivilgesellschaft im Konfliktland	9
3.2 Staat in dem Land, wo ein gewaltförmiger Konflikt besteht	11
3.3 Zivilgesellschaft als externe Partei der Konfliktbearbeitung	12
3.4 Staat als externe Partei der Konfliktbearbeitung	13
4. Fazit: Der Schlüssel liegt bei uns – hier muss Veränderung ansetzen	14

1. Einleitung

Im (sicherheits-)politischen Diskurs wird heute gerne davon gesprochen, dass sich die Situation in der Welt verändert habe, dass Deutschland heute „Verantwortung übernehmen“ müsse und dass ein erweitertes Sicherheitsverständnis militärgestützte Politik unumgänglich mache. Zivile Konfliktbearbeitung wird dabei als ein Element einer solchen Politik gesehen – das Weißbuch 2006 schreibt unmissverständlich: *„Der Begriff ‚Zivile Krisenprävention‘ ist nicht als Abgrenzung zu militärischer Krisenprävention zu verstehen, sondern schließt diese ein.“* (S. 28)

Wie ist es dazu gekommen, dass Krieg heute zu einem normalen Mittel der Politik geworden zu sein scheint? Sind alle Hoffnungen, dass nach der Erfahrung zweier Weltkriege vor fast 100 bzw. 75 Jahren Krieg endlich überwunden werden kann, vergeblich gewesen? Und was kann getan werden, diesem Trend entgegenzuwirken? Genügt es, gegen jeden neuen Krieg auf die Straße zu gehen, später den Abzug der Soldaten aus dem jeweils neuesten Kriegsgebiet zu fordern, um dann früher oder später wieder angesichts eines neuen Kriegsschauplatzes den gleichen Zyklus erneut zu durchlaufen? Und wie sieht es mit der Zivilen Konfliktbearbeitung aus? Ist sie in der Lage, überhaupt adäquat auf die heutigen Herausforderungen zu reagieren? Welche neuen Tendenzen gibt es hier?

Diesen Fragen will dieses Papier in drei Teilen nachgehen. In dem ersten soll die Entwicklung seit 1945 nachgezeichnet werden, und gezeigt werden, dass es durchaus auch, längerfristig gesehen, hoffnungsvolle Entwicklungen gibt, wenngleich diese durch die Militarisierung der Außenpolitik Gefahr laufen, zunichte gemacht zu werden. In dem zweiten Teil geht es um das Thema Anspruch und Wirklichkeit von Friedensförderung heute, und zwar im Hinblick auf vier Akteursgruppen: Zivilgesellschaft und Staat in den Ländern, wo Konflikte gewaltsam ausgetragen werden und Zivilgesellschaft und Staat hier bei uns, als einem Land, das in Konflikte anderenorts interveniert bzw. zusammen mit seinen Verbündeten den Krieg gelegentlich auch in andere Länder trägt. Im dritten Teil schließlich sollen dann einige Schlussfolgerungen gezogen und Desiderata benannt werden.

Dieses Papier ist aus zwei Vorträgen zusammengestellt, die die Autorin im Februar / März 2013 gehalten hat, dem Workshop „Neue Herausforderungen für Friedens- und Sicherheitspolitik“ im Zinzendorfhaus Neudietendorf bei Erfurt am 27. - 28.2. und der Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung mit dem Titel „Den Frieden fördern – aber wie? Werte und Prinzipien einer Friedenslogik“ am 7. - 9.3.2013 in Bonn.

2. Eckpunkte der heutigen Situation¹

Das vergangene 20. Jahrhundert ist einerseits geprägt gewesen durch zwei verheerende Weltkriege, durch Genozide, durch ideologische Konflikte und antikoloniale Befreiungskämpfe. Andererseits sah es zuerst mit dem Völkerbund und dann mit den Vereinten Nationen den Versuch der Verständigung und Verrechtlichung zwischenstaatlicher Beziehungen, die es ebenfalls zuvor nur auf stark eingeschränkter regionaler Basis (man denke an den Westfälischen Frieden) gegeben hatte. Die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die anderen Pakte und Vereinbarungen haben einen – wenngleich bislang nicht stabilen und verlässlichen – Rahmen geschaffen, der eine Weltordnung skizziert, die zum ersten Male nicht durch das Recht des Stärkeren und die absolute Souveränität von Einzelstaaten geprägt ist.

In Westeuropa wurden die jahrhundertealten Konflikte so transformiert, dass neue zwischenstaatliche Kriege undenkbar scheinen. (Diese Beobachtung hat zu der These des

¹ Die meisten Zahlen, wenn nicht anders angegeben, stammen dabei aus Human Security Report Project (2012) The Human Security Report 2012. Sexual Violence, Education, and War: Beyond the Mainstream Narrative. Simon Fraser University, Vancouver. Internet : <http://www.hsrgroup.org/human-security-reports/2012/overview.aspx> [12.3.2013]

demokratischen Friedens geführt, der zufolge Demokratien keine Kriege gegeneinander führen.)²

Trotz der weltgeschichtlich erstmaligen Ächtung von Krieg hat die Zahl der bewaffneten Konflikte seit dem 2. Weltkrieg zunächst von Jahr zu Jahr zugenommen. Der absolute Höhepunkt seit 1945 wurde 1992 mit 55 Kriegen erreicht.³ Heute werden jedes Jahr rund 35 bewaffnete Konflikte gezählt, davon waren z.B. 2012 24 „Kriege“.⁴ Ihre Zahl stieg zwischen 2004 und 2008 erneut an (um 25%), aber dennoch ist sie um ein Drittel geringer als in den frühen 1990er Jahren.

Die meisten davon sind innerstaatliche Konflikte, auch wenn internationale Kriege nicht „ausgestorben“ sind, wie man in der Euphorie der 1990er Jahre manchmal lesen konnte. Für diese inneren Kriege wird oftmals der Begriff der „neuen Kriege“ verwendet, wobei allerdings umstritten ist, ob das Prädikat „neu“ wirklich zutrifft. Bei ihnen handelt es sich um Kriege, die im Kontext der Desintegration von Staaten stattfinden, oftmals mit einer Vielzahl bewaffneter Akteure und fehlender klarer Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten⁵ sowie starken ökonomischen Motivationen, die auch die Trennlinie zwischen kriminell und politisch motivierten Konflikten verschwimmen lassen (man denke an Mexiko). Sie sind oftmals sehr kleinräumig.

Entgegen dem, was oft angenommen wird, beobachtete das Human Security Report Project allerdings, dass es keine Belege gebe, dass nicht-staatliche Konflikte und einseitige Gewalt gegen Zivilisten über die letzten beiden Jahrzehnte gestiegen seien.⁶ Statistische Zahlen wurden dazu allerdings erst im letzten Jahrzehnt systematisch gesammelt. Ebenfalls entgegen der vorherrschenden Ansicht gibt es gemäß der gleichen Quelle wenig Belege dafür, dass Kriege immer länger und immer schwieriger zu beenden seien. Es gibt einige lang andauernde Kriege, aber die meisten von ihnen sind sehr klein. Generell hat sich die durchschnittliche Dauer von Kriegen eher verkürzt. Während des Kalten Kriegs wurden 20% der bewaffneten Konflikte pro Dekade durch Abkommen beendet; jetzt sind es 40 %. Aber die Mehrzahl der Konflikte endete weder durch Sieg einer Partei noch durch ein Abkommen, sondern gingen einfach so zuende, z.B. weil eine Rebellengruppe den Kampf aufgab, wie es in Thailand in den 1980er Jahren geschah. Noch ein paar interessante Zahlen in diesem Kontext: 68% der Friedensabkommen und 62% der Waffenstillstände führten zu einem stabilen Frieden. Und 60% der Konflikte, die zwischen 2000 und 2004 beendet wurden, begannen wieder in weniger als fünf Jahren. „*Der Rückfall in den Konflikt ist zur Charakteristik der Bürgerkriege von heute geworden*“, was u.a. darauf zurückgeführt wird, dass bei verhandelten Lösungen beide Seiten oftmals die Kapazität für Gewalt behalten. Allerdings ist zu beobachten, dass auch bei solchen Rückfällen die Zahl der Opfer oft viel geringer als vor dem Abkommen ist, auch weil es oft nur eine Rebellengruppe ist, die den Kampf fortführt.

Die waffentechnologische Entwicklung nach 1945, insbesondere die Entwicklung der Atombombe, gab bzw. gibt ihren Besitzern das Potential zu gegenseitiger totaler Zerstörung, weshalb ein direkter Krieg zwischen den Großmächten als nicht führbar angesehen wurde bzw.

² Siehe z.B. Senghaas, Dieter (1995) ‚Frieden als Zivilisierungsprozeß‘. In: *Den Frieden denken*. Hrsg. Senghaas, Dieter. Frankfurt/M.:Kohlhammer:196-223; Daase, Christopher (2004) ‚Demokratischer Frieden - Demokratischer Krieg. Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien.‘ In: Schweitzer, Christine /Aust, Björn und Schlotter, Peter (Hrsg.), *Demokratien im Krieg*, AFK-Friedensschriften Band 31, Baden-Baden:Nomos Verlagsgesellschaft

³ Schreiber, Wolfgang (2012) *Kriege und bewaffnete Konflikte 2012*. AKUF Analysen Nr. 11, Dezember 2012. Hamburg: AKUF

⁴ Schreiber, a.a.O. Andere Institute kommen zu leicht divergierenden Zahlen, da sie andere Kriegsdefinitionen als die AKUF anlegen – an dem grundsätzlichen Bild ändert sich dadurch aber nichts.

⁵ Kaldor, Mary (2001) (Hrsg., 2. Auflage) *New & Old Wars. Organized Violence In a Global Era*. Cambridge:Polity Press

⁶ Human Security Report Project 2012 a.a.O.

⁷ Human Security Report Project 2012 a.a.O., S. 150, 164f, Übersetzung CS

wird.⁸ Dies führte zu dem Phänomen des sog. Stellvertreterkrieges, wo die Großmächte andere Länder oder Aufständische in anderen Ländern unterstützten, um auf diese Weise ihre Einflussphären auszuweiten bzw. zu sichern. Diese Stellvertreterkriege endeten weitgehend mit den Umbrüchen 1989, da nach dem Ende der ideologisch bedingten Blockkonfrontation das Interesse von Seiten beider Großmächte an der Fortsetzung der Unterstützung der von ihnen geförderten Parteien (zumindest vorläufig) verschwand. Trotzdem sind die alten Bündnispartnerschaften weiter zu beobachten – man denke an Syrien, Iran oder die koreanische Halbinsel.

Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes konnten die Aufrechterhaltung der NATO und großer, teurer Militärapparate nicht mehr mit der gegenseitigen Abschreckung und Landesverteidigung gerechtfertigt werden. Doch anstatt substantiell abzurüsten und die NATO aufzulösen, wurden das Sicherheitsverständnis ausgeweitet und Bedrohungen primär nicht-militärischer Art (einschließlich Flüchtlingsbewegungen und Bedrohungen des freien Handels) in den Vordergrund gerückt. Mit den Begriffen der zivil-militärischen Zusammenarbeit und in den letzten Jahren des der vernetzten Sicherheit wurde darüber hinaus eine enge Kooperation von zivilen und militärischen Kräften zum Programm erhoben.

Nach 1989 nahm die Zahl internationaler Militärinterventionen –zumeist als „humanitäre Interventionen“ deklariert - stark zu, sowohl solche, die eine Kriegspartei unterstützen, als auch Peacekeeping-Missionen, um Abkommen zu stabilisieren. Gleichzeitig gab es gravierende Veränderungen in der Praxis des Peacekeepings: Großmächte fingen an, eine führende Rolle einzunehmen, „Robustheit“ von Einsätzen und die Anrufung von Kapitel VII der UN Charta sind drei wichtige Stichworte in diesem Zusammenhang.⁹ Das Human Security Report Project (S. 150) hat beobachtet, dass interne Konflikte, in die militärisch zugunsten einer Kriegspartei interveniert wird, zweimal so tödlich sind als andere, in die nicht interveniert wird, und geht zumindest in einigen Fällen von einer deutlichen ursächlichen Beziehung aus.

Diese Entwicklungen wurden reflektiert bzw. begleitet von völkerrechtlichen Neuerungen. Konzepte der Human Security und der (Anfang des neuen Jahrtausends entwickelten¹⁰) Responsibility to Protect stellen das völkerrechtliche Konstrukt der absoluten Souveränität von Staaten in Frage, indem sie die Sicherheit von Menschen über die Sicherheit eines Staates stellen. Gleichzeitig wurden beide Konzepte missbraucht, indem sie als Legitimationsmuster für Militäreinsätze dienen mussten, bei denen Menschen- und Völkerrecht massiv verletzt wurde.¹¹

Vor allem die Großmächte zögern nicht, sich über die Vorschriften des Völkerrechts hinwegzusetzen, wenn es ihnen opportun erscheint. So wurden von den USA nicht nur Folter systematisch angewendet und die Vorschriften des Kriegsvölkerrechts zur Behandlung von Kriegsgefangenen gebrochen, sondern auch Kriege ohne UN-Mandat begonnen (Jugoslawien 1999, Irak 2003). Auch die von Frankreich führend betriebenen Einsätze gegen Libyen 2011 und seit Januar 2013 in Mali waren nur marginal durch Beschlüsse gedeckt.

Ein paar weitere Entwicklungen der letzten zehn Jahre verdienen es noch, erwähnt zu werden:

- Professionalisierung des Militärs – Ablösung der Wehrpflichtarmeen Westeuropas durch Berufs- und Freiwilligenarmeen, deren Personalstärke geringer, Grad an Technisierung aber höher ist.

⁸ Dass es Politiker gab, die trotzdem damit liebäugelten, und wie knapp mehrfach ein „Atomkrieg aus Versehen“ vermieden wurde, soll hier nicht weiter zum Thema gemacht werden.

⁹ Siehe z.B. Ramsbotham, Oliver and Woodhouse, Tom (1999) *Encyclopedia of International Peacekeeping Operations*. Santa Barbara:ABC-CLIO.

¹⁰ ICISS (2001) *The Responsibility to Protect*. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty, Department of Foreign Affairs and International Trade Canada (2001). [Online] bei <<http://www.dfait-maeci.gc.ca/iciss-ciise/report-en.asp>>[27.8.2004]

¹¹ Für eine Diskussion der ethischen Basis der R2P, siehe Rudolf, Peter (2013) *Schutzverantwortung und humanitäre Intervention. Eine ethische Bewertung der ‚Responsibility to Protect‘ im Lichte des Libyen-Einsatzes*. SWP Studie S 3, Februar 2013, Berlin: SWP

- Der „Krieg gegen den Terror“ hat eine neue Form von Kriegführung eingeläutet, zu der neben Invasionen und der Induktion gewaltsamer Regimewechsel auch militärische Einsätze gegen nicht-staatliche Gruppen über Grenzen hinweg, die gezielte Tötung von Gegnern in geheimdienstlichen Missionen oder durch Drohnen gehören.
- Weltweit neue Kommunikationsformen (Internet, Mobiltelefone) haben nicht nur das Privatleben der Menschen und den Charakter sozialer Bewegungen verändert, sondern auch weltweite Öffentlichkeit und Möglichkeit ihrer Manipulation neue Instrumente an die Hand gegeben. Die Abhängigkeit von Staat und Wirtschaft von diesen neuen Technologien hat auch dazu geführt, dass inzwischen von „Cyberwar“ als einer neuen Form der Kriegführung bzw. des Terrorismus gesprochen wird.
- Der unübersehbar werdende Klimawandel hat die Bedrohung der Umwelt nochmal ganz anders in das Bewusstsein auch von Sicherheitspolitik gerückt, da angenommen werden muss, dass durch den Klimawandel veränderte Umweltbedingungen (zukünftige) Ursache gewaltsamer Konflikte sein werden.

Zu diesen Tendenzen und Veränderungen kommen ein paar Elemente, die eigentlich überhaupt nicht neu sind:

- Kriegführung niedriger Intensität;
- Unterstützung von Aufständischen anstatt eigene Truppen zu senden;
- Einteilung der Welt in befreundete und (potentiell) feindliche Staaten / Regimes;
- Ständig wachsende Rüstungsausgaben, Florieren der Rüstungsindustrie, ständig steigende Rüstungsexporte trotz des Bannes bestimmter Waffengattungen (Landminen).

Dies gilt auch für die meisten Krisenregionen und Konfliktszenarien:

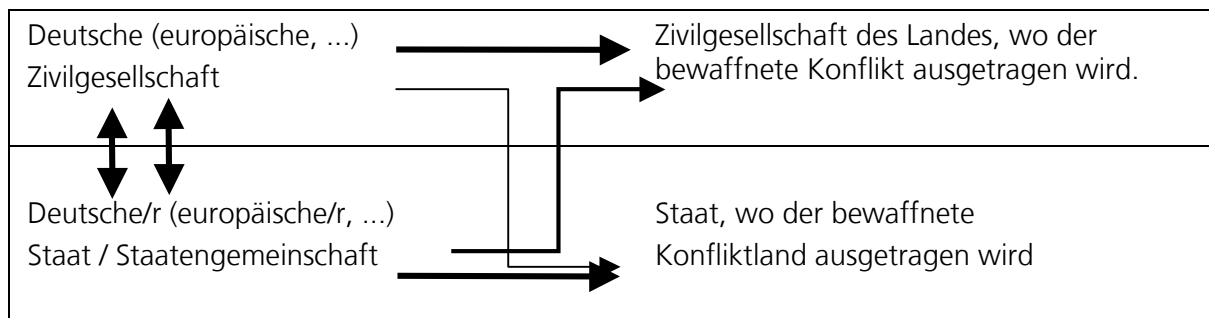
- Den Nahen und Mittleren Osten mit dem lang andauernden und anscheinend unlösbaren Israel-Palästina-Konflikt, Iran, Syrien und evtl. anderen Ländern, wo die Möglichkeit von Bürgerkriegen besteht;
- die beiden Koreas;
- Indien - Pakistan – Afghanistan;
- Afrika: Vor allem die Zone nördlich des Äquators mit Mali, Sudan, Somalia und natürlich auch DR Kongo.
- Und dann gibt es noch eher herkömmliche Kriegsszenarien und die Möglichkeit von Großmachtkonfrontationen im Dreieck USA- Russland-China, z.B. ausgelöst durch regionale Konflikte in umstrittenen Grenzgebieten zwischen den Einflusssphären (Korea, Kaukasus z.B.).

Um zusammenzufassen: Die Situation ist uneindeutig bzw. widersprüchlich. Während auf der einen Seite ein gewisser Trend zu weniger Krieg (Regionen, in denen Krieg ausgeschlossen scheint; Zahl von Kriegen und deren Dauer abnehmend) zu beobachten ist, ist auf der anderen Seite ein ebenso deutlicher Trend zu erkennen, dass Hemmschwellen beim Einsatz von Militär besonders durch die Großmächte gefallen sind, Krieg wieder zu einem ganz normalen Mittel von Politik geworden ist, Rüstungsproduktion und -exporte weiter steigen und ein erweitertes Sicherheitsverständnis die Legitimationsbasis für diese Militarisierung liefert.¹²

¹² Als die beiden wesentlichsten Bedrohungen werden Terrorismus, Proliferation genannt; daneben: Regionalkonflikte, die durch Globalisierung auch zur Bedrohung für uns werden (z.B. illegale Migrationsbewegungen auslösen), strategische Bedeutung von Energiesicherheit, Überforderung durch unkontrollierte Migration, Gefahren durch Pandemien und Seuchen (Weißbuch 2006).

3. Anspruch und Wirklichkeit der Friedensförderung

Wenn man sich mit Anspruch und Wirklichkeit von Friedensförderung befassen will, müssen vier Akteurskategorien in den Blick genommen und auf Divergenzen bezüglich Anspruch und Wirklichkeit befragt werden, nämlich die von Zivilgesellschaft und Staat in dem Land, wo ein gewaltförmiger Konflikt besteht oder droht, und intervenierende externe Parteien, ebenfalls entweder der zivilgesellschaftlichen oder der staatlichen Ebene zugehörig.¹³ Sie werden in der Diskussion und der Literatur – auch von Fachleuten Ziviler Konfliktbearbeitung – gerne mal vermischt.



Die Stärke der Pfeile soll eine Schätzung des relativen Gewichtes der jeweiligen Beziehung ausdrücken.

3.1 Zivilgesellschaft im Konfliktland

Die Zivilgesellschaft als wichtiger Faktor bei der Konfliktbearbeitung wurde in den 1990er Jahren entdeckt, verwoben mit der Ausformung des Feldes der ZKB als solcher.¹⁴ Man konnte damals deutlich nachverfolgen, wie immer mehr Geber und Organisationen, einschließlich Staaten, die Förderung von Zivilgesellschaft als wichtiges Element der Demokratisierung auf ihre Fahnen schrieben. Sie wurde zum Hoffnungsträger, als "demokratischer Funken" in repressiven Regimes ausgemacht und als das Sediment, aus dem sich neue Regierungsformen bilden konnten. Dabei war der Wandel in Osteuropa gewiss ein wichtiges Vorbild, wo es die vorrangig zivilgesellschaftlich organisierte Opposition gewesen war, die "von unten" (ein anderes Stichwort jener Zeit) den Systemwandel erzielte.

Inzwischen hat die Gegenreaktion eingesetzt. Wissenschaftliche Untersuchungen aus der jüngsten Zeit haben sich kritisch mit der Rolle von Zivilgesellschaft beschäftigt und wo die Grenzen dessen sind, was sie leisten kann. Nach einer Phase, wo Zivilgesellschaft als das Plus non Ultra von Allem galt, als die Büchse der Pandora, ist jetzt die neue Welle die, eine realistischere Sichtweise zu finden und ihre Schwächen, Grenzen und Problematiken zu benennen, wobei es vor allem um eine differenziertere Sicht auf das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat geht:

- In einem umfassenden Projekt hat das Genfer Institut von Thania Paffenholz herausgefunden, dass die „zentralen Impulse zur Friedensförderung ... in der Mehrzahl der Länder aber von den politischen Akteuren [kamen], vor allem von den Konfliktparteien inklusive der Regierung, den politischen Parteien, aber auch deren regionalen und

¹³ Zivile Konfliktbearbeitung findet nicht, ja vielleicht nicht einmal hauptsächlich in Form von Intervention externer Parteien statt. Es geht dabei nicht nur um "local ownership", sondern um die Anerkennung, dass jenseits aller internationaler Unterstützung oder Förderung es in den meisten Ländern zahlreiche Bemühungen – von Einzelnen, von zivilgesellschaftlichen Gruppen, von Institutionen und Organisationen usw. – gibt, konstruktive Lösungen für die bestehenden Konflikte zu finden.

¹⁴ Für manche, besonders für Entwicklungs- und Friedensdienste oder Solidaritätsgruppen hier bei uns war dies natürlich keine Neuigkeit, denn sie haben immer mit NROs und Initiativen in anderen Ländern zusammengearbeitet.

internationalen Unterstützern. Festgehalten werden kann: Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft waren zwar konstruktiv, aber doch nicht entscheidend, sondern vor allem unterstützend. Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Beiträge leisten, dann vor allem durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für bestimmte friedenspolitische Anliegen. Dies ist dann besonders erfolgreich, wenn fragmentierte Gruppen zusammenkommen, ein gemeinsames Ziel entwickeln und zugleich eine Vernetzung mit internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen erfolgt. Auch ist die Konfliktphase entscheidend: Im andauernden gewaltsamen Konflikt und unmittelbar danach sind zum Beispiel die Funktionen 'Schutz', 'Monitoring' und 'Lobbying' besonders vorrangig.¹⁵

- Ebenso weisen mehrere Aufsätze in dem neuen Buch von Heinemann-Grüder & Bauer über Zivile Konfliktbearbeitung darauf hin, dass es „die Zivilgesellschaft“ als Akteur in der Konfliktbearbeitung so nicht gebe, sondern dass die „Wertorientierungen lokale zivilgesellschaftlicher Akteure“ „genauso heterogen wie ihre Ziele und Zukunftsvisionen“ seien, und deshalb „die zivile Konfliktbearbeitung“¹⁶(S. 240) sich ihrer eigenen ethischen Bezugspunkte bewusst sein müsse und die Zivilgesellschaft nicht idealisieren dürfe.
- Die verschiedenen Fallstudien von Friedensprozessen, die von CDA produziert wurden (u.a. zu Nordirland), zeigen, wie ein Multiakteursansatz, bei dem Staat und Zivilgesellschaft auf vielfältige Weise zusammenwirkten, den besten Erfolg hatten.
- Ähnliche Ergebnisse sind in den Studien der Berghof-Foundation zu finden, etwa in denen, bei denen es um systemische Konfliktbearbeitung handelt.¹⁷

Wie schon in der Einleitung erwähnt: Deutlich mehr Kriege als früher werden durch einen Abkommen zwischen den Konfliktparteien beendet (40% gegenüber 20% vor 1989) und auch die durchschnittliche Dauer von Kriegen hat sich eher verkürzt. Trotzdem: Wenn es zu einem Krieg kommt, bleibt Zivilgesellschaft angesichts von Parteien, die entschlossen sind, ihn zu führen, oftmals nur die Option, sich auf den Krieg einzustellen. Sich auf die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten, wie es die Antikriegsgruppen im ehemaligen Jugoslawien taten. Oder, wie die spannende Untersuchung von Anderson und Wallace¹⁸ gerade beschrieb, vielleicht gelingt es ihnen auch, sich herauszuhalten. Den Krieg zu beenden, ist viel schwieriger, auch wenn es einige Beispiele gibt (man denke an die Frauen in Wajir oder Liberia, wo sie zumindest einen wichtigen Beitrag dazu geleistet haben). Auch kritisch mit der Politik der eigenen Regierung umgehen. Eine gewisse Offenheit für Ratschläge in manchen Fällen, aber beratungsresistent da, wo die vorgeblichen "Sicherheitsinteressen" anfangen zu dominieren.

Wie gesagt, auf der einen Seite steht, die Beschränktheit von Zivilgesellschaft und ihren Möglichkeiten herauszuheben. Auf der anderen Seite ist in den letzten Jahren wieder neues Interesse an dem Thema, wie Zivilgesellschaft in revolutionären Prozessen Veränderungen bewirken kann, entstanden, und zwar unter einem Stichwort, das auf den ersten Blick nichts mit ZKB zu tun hat und auch kaum von den gleichen Protagonisten diskutiert wird, nämlich dem Stichwort "gewaltfreie Aufstände". Sie werden in direkten Kontext mit der Demokratisierung von Staaten gestellt, als Vehikel, wie solche Demokratisierungsprozesse auf revolutionäre Art und Weise passieren können.¹⁹

¹⁵ Paffenholz, Thania (2008a) ‚Zivilgesellschaft und Friedensförderung‘. *FriEnt Impulse* 4/2008. [Online] bei <<http://www.frient.de>> [14.11.2008]. Siehe auch: Paffenholz, Thania (ed.) (2010) *Civil Society and Peacebuilding: A Critical Assessment*. Boulder:Lynne Rienner Publishers.

¹⁶ Heinemann-Grüder, Andreas und Bauer, Isabella (Hrsg.) (2013) *Zivile Konfliktbearbeitung. Vom Anspruch zur Wirklichkeit*. Opladen / Berlin / Toronto: Barbara Budrich

¹⁷ <http://www.berghof-conflictresearch.org/> [13.3.2012]

¹⁸ Anderson, Mary B. und Wallace, Marshall (2013) *Opting Out of War. Strategies to Prevent Violent Conflict*. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers

¹⁹ Siehe Carter, April (2012) *People Power and Political Change. Key Issues and Concepts*. London / New York: Routledge

Ein Vergleich zwischen gewaltsamen und gewaltlosen Aufständen seit 1900 auf der Basis von 323 Fällen, den Chenoweth & Stephan (2011) anstellten, ergab, dass gewaltlose Aufstände in 53% der Fälle erfolgreich waren, gewaltsame nur in 26%.²⁰

Allerdings ist auch bei diesen Aufständen zu beobachten, dass in der Regel die Kraft der Zivilgesellschaft ausreicht, ein marodes Regime zu stürzen, aber oft nicht genug ist, um von den Revolutionären gewünschten Ausmaß die neue Ordnung zu bestimmen. Oftmals sind es dann doch alte Kräfte, die ihren Einfluss hinüberretten können – insbesondere das Militär, ohne dessen Duldung oder aktive Kooperation solche Aufstände sowieso wenig Erfolgchancen haben.²¹

Um ein Fazit hier zu ziehen: Zivilgesellschaft ist nicht allmächtig, sie ist nicht das Gute per se, sondern – eigentlich selbstverständlich, wir brauchen uns ja nur bei uns umzusehen – vielfältig, verschiedene Interessen und Ziele verfolgend, dem Staat teilweise nah, teilweise fern, verschiedene Werte und Visionen transportierend, teilweise einflussreich, teilweise zumindest anscheinend schwach und ohne Einfluss, und trotzdem: Keine Konflikttransformation passiert ohne sie. Die Regierung kann sich kein anderes Volk wählen – aber das Volk eine andere Regierung und eine andere Politik.

3.2 Staat in dem Land, wo ein gewaltförmiger Konflikt besteht

Auch hier ist ein deutlicher Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit auszumachen.

Der Anspruch: Nach 1989 hat sich als Erwartung das Model des liberalen Friedens²² durchgesetzt. Die gängige Vorstellung ist die einer weltweiten Demokratisierung nach westlichem Vorbild.²³ Dass die Wirklichkeit anders aussieht, dass oftmals nach Phasen einer scheinbaren Demokratisierung autokratische Strukturen erneut in den Vordergrund treten, wird lediglich als Widerstand gegen diese Vision durch korrupte Cliques und Regime, nicht als Gegenentwürfe interpretiert. In der Tat haben sich solche Gegenentwürfe mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus rar gemacht. Sie existieren in kleinen Nischen (etwa einer weiter bestehenden sozialistischen und anarchistischen Szene in vielen Ländern, auch gerade im globalen Süden), spielen eine größere Rolle in der islamischen Theologie und sind zu finden – auch wieder vor allem im Süden – in Nischen anderen Wirtschaftens und eigener Organisation.²⁴

Eine gewisse Desillusionierung, die in Bezug auf die Hoffnung auf schnelle Demokratisierung zu beobachten ist, hat in der realpolitischen Sichtweise die Tendenz zur Normalisierung von Krieg gegen solche Staaten verstärkt. Etwas überzeichnet: Autoritäre Staaten sind ein Problem. Sofern sie mit "uns" zusammenarbeiten, können "wir" uns aber arrangieren, schließlich haben sie auch ihre Vorteile (z.B. Gefängnisse, in denen gefoltert wird und wo wir politische Gefangene hinschicken können). Wenn sie sich gegen uns wenden, dann verhängen "wir" Sanktionen oder im schlimmsten Falle greifen sie auch militärisch an.

²⁰ Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Columbia University Press

²¹ Chenoweth & Stephan 2011 a.a.O., Nepstad, Sharon Erickson (2011) *Nonviolent Revolutions. Civil Resistance in the Late 20th Century*. Oxford: Oxford University Press; Schock, Kurt (2005) *Unarmed Insurrections. People Power Movements in Nondemocracies*. Minneapolis: University of Minnesota Press

²² Sisk, Timothy D. (2001) 'Democratization and Peacebuilding.' In *Turbulent Peace. The Challenges of Managing International Conflict*. ed. by Crocker, Cheaster A., Hampson, Fen Osler and Aall, Pamela. Washington: United States Institute of Peace Press: 785-800

²³ Wobei ein Amerikaner natürlich die wesentliche Merkmale dieser Demokratie ganz anders beschreiben würde als eine Engländerin, und die wieder anders als Deutsche oder Französlinnen es tun würden ...

²⁴ Siehe Bello, Walden (2010) *Politik des Hungers*. Aus dem Englischen von Max Henninger. Berlin: Assoziation A

3.3 Zivilgesellschaft als externe Partei der Konfliktbearbeitung

Parallel zu den Warnungen, die Rolle von Zivilgesellschaften in Krisengebieten bei der Konfliktbearbeitung nicht zu überschätzen, haben sich (teilweise die gleichen) Untersuchungen auch mit den Möglichkeiten und Grenzen von durch externer Zivilgesellschaft durchgeführte Maßnahmen der ZKB beschäftigt. Ein paar Punkte dazu:

Beim Peacemaking – das wurde eigentlich nie bezweifelt – haben zivilgesellschaftliche Organisationen i.d.R. eine nur unterstützende Wirkung. Nur selten verfügen sie über den Zugang und die Einflussmöglichkeiten, die direkte Mediation ermöglichen, wobei es ein paar Ausnahmen gibt – etwas *Comunità di San Egidio*, Quäker, Genfer HD Centre, International Alert.²⁵

Im Feld des Peacekeeping ist die Entwicklung von unbewaffnetem zivilen Peacekeeping erwähnenswert, der Schutz von Zivilbevölkerung generell oder besonders gefährdeten Gruppen durch die Präsenz und das proaktive Handeln unbewaffneter ZivilistInnen.²⁶ Es findet zunehmend auch Aufmerksamkeit und Anerkennung auf den Ebenen der EU und der Vereinten Nationen.

Beim Peacebuilding gibt es vielfältige Möglichkeiten, wie z.B. von CDA vor etlichen Jahren schon beschrieben wurde.²⁷ Sie unterschieden fünf (additive) Kriterien, inwieweit ein Projekt einen Beitrag zur allgemeinen Konfliktsituation leisten kann:

1. Beitrag zum Stoppen eines Schlüsselfaktors, der Krieg / Konflikt antreibt.
2. Beitrag zur Schaffung eines Momentums für Frieden, indem ein Impuls dafür gegeben wird, dass TeilnehmerInnen an Programmen und Gemeinschaften ihre eigenen Friedensinitiativen entwickeln.
3. Schaffung oder Reform von politischen Institutionen, die Probleme/ Missstände bearbeiten können, wenn solche Probleme den Konflikt anheizen.
4. Menschen werden in die Lage versetzt, zunehmend Gewalt und Provokationen zu widerstehen.
5. Steigerung der Sicherheit von Menschen und ihrem Gefühl von Sicherheit.

Paffenholz (2011) stellte in der oben zitierten Studie fest, dass es eine gewisse Diskrepanz zwischen den Funktionen gibt, die sie als besonders wirkungsmächtig in der Konfliktbearbeitung sah und dem, was vorzugsweise gemacht und gefördert wird. Ebenso zeigte die Evaluation des Zivilen Friedensdienstes 2010 dessen Beschränkungen auf.²⁸ Generell sollten wir in unserer deutschen Diskussion darauf achten, Zivilen Friedensdienst nicht mit Ziviler Konfliktbearbeitung gleichzusetzen. Wohl als Folge der intensiven Lobbyarbeit, die der Einführung des ZFDs vorausging, geschieht dies bis heute gelegentlich.²⁹

²⁵ Siehe Schweitzer, Christine (2010) *Strategies of Intervention in Protracted Violent Conflicts by Civil Society Actors. The Example of Interventions in the Violent Conflicts in the Area of Former Yugoslavia, 1990 – 2002*. Vehrte: Soziopublishing.

²⁶ Siehe Schirch, Lisa (2006). *Civilian Peacekeeping Preventing Violence and Making Space for Democracy*. Uppsala: Life & Peace Institute; Schweitzer, Christine (2010) (ed.) *Civilian Peacekeeping – A Barely Tapped Ressource*. Arbeitspapier Nr. 23, Institute for Peace Work and Nonviolent Conflict Transformation. Vehrte: Sozio-Publishing. [Online] at http://www.ifgk.de/oben/publikationen_all8.htm

²⁷ CDA-Collaborative Learning Projects (2004) *Reflecting on Peace Practice Project*. [Online] bei <http://www.cdainc.com> [9.9.2008]

²⁸ Paffenholz, Thanja et al. (2011) *Der Zivile Friedensdienst. Synthesebericht, Band I: Hauptbericht Synthesebericht. Unveröffentlichter Evaluierungsbericht. Band II: Länderstudien und Anlagen. Unveröffentlichter Evaluierungsbericht. Volume III: Methodological Report, Inception Report, Terms of Reference. Unpublished evaluation report. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

²⁹ Zur Geschichte des ZFD siehe z.B. Trittman, Uwe (2000) 'Geschichte einer Idee – Das Forum Ziviler Friedensdienst. In *Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Idee – Erfahrungen – Ziele*. ed. by Evers, Tilman Opladen: Leske + Budrich: 145-158. Dass ZFD immer noch manchmal mit ZKB gleichgesetzt

Es gibt noch zwei weitere Herausforderungen. Beide haben mit Geld zu tun. Die eine ist die Abhängigkeit von staatlichen Geldgebern, die ein Begleitprodukt der Ausweitung der Arbeit der ZKB ist und auch im zitierten Impulspapier der Plattform angesprochen wird. "Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing" – das gilt, selbst wenn Organisationen oft sehr erfindungsreich sind dabei, die Melodie zu variieren und zu verändern und Töne anzustimmen, die nicht im Sinne des Geldgebers sind. Während der Anspruch der von Unabhängigkeit ist, ist die Realität durch oft sehr komplexe Abhängigkeiten gekennzeichnet.

Ein weiterer oftmals nicht erfüllter Anspruch ist der der "*local ownership*". In Wirklichkeit gibt es eine Reihe von Partnerbeziehungen, die es schwer machen würden, zu behaupten, dass es solche *local ownership* durchgängig wirklich gibt. Llamazares und Reynolds Levy 2003³⁰ unterschieden schon mehrere Kategorien von Partnerbeziehungen: "Nominale Teilhabe", wo lokale Partner nur symbolisch oder in Finanzierungsanträgen auftauchen, weil dies von internationalen Gebern so erwartet wird. "Instrumentelle Teilhabe", wo lokale Partner als ein Weg gesehen werden, Effizienz zu erhöhen. "Repräsentative Teilhabe", wo die Interessen und Bedürfnisse der Menschen vor Ort das Projekt formen und "transformative Teilhabe", wo Empowerment sowohl Weg wie Ziel des Prozesses sind.

Last not least muss der weiterhin immer wieder auftretende Widerspruch und Konflikt zwischen ZKB und Menschenrechtsarbeit angesprochen werden.³¹ Während der Anspruch ist, dass beides zusammengehört, und es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann, stößt die Praxis immer wieder auf Unverträglichkeiten – etwa wenn mit Menschenrechtsverletzern verhandelt werden muss, um bedrohte Menschen vor Übergriffen zu schützen oder sie zum Niederlegen der Waffen zu bewegen.³²

Um zusammenzufassen: Die gelegentlich maßlose Überschätzung der Wirkungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlichen Eingreifens („man hätte nur 100 Friedensfachkräfte schicken müssen und der Genozid in Ruanda hätte verhindert werden können“, wie ein Teilnehmer an einer Konferenz Mitte der 1990er Jahre behauptete), ist einer differenzierteren Sicht gewichen. Es bleiben die Herausforderungen, die eigenen Wirkungsmöglichkeiten zu verbessern, Lernprozesse bei Geldgebern zu fördern, damit diese das fördern, was am sinnvollsten ist, und mit Phantasie und Engagement und gemeinsam mit den Partnern vor Ort die Bandbreite der Ansatzpunkte und Instrumentarien zu erhöhen.

3.4 Staat als externe Partei der Konfliktbearbeitung

Die Unzulänglichkeit staatlicher Friedensförderung habe ich oben bereits zu Genüge benannt und sie wird auch im Entwurf des Impulspapiers des SprecherInnenkreises der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung vom Dezember 2012³³ thematisiert. Dort wird zutreffend festgehalten, dass die deutsche Politik heute weitgehend auf einer "ausgrenzenden Macht- und Sicherheitspolitik" beruht, von tagespolitischen Interessen oder einem nebulösen Konzept von nationaler Sicherheit bestimmt wird. Krieg wurde wieder zum Mittel von Politik und die Bundeswehr zur Interventionsarmee umgebaut. Obwohl gleichzeitig in den letzten 13 Jahren Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung ausgebaut wurden und man – das steht so nicht im Papier, aber füge ich hinzu – der ZKB ein Platz innerhalb dieser Macht- und Sicherheitspolitik eingeräumt wird – ist ZKB als "*Alternative zu militärischem Eingreifen oder passivem Geschehenlassen auf politischer*

wird, kann z.B. in dem oben zitierten Buch von Heinemann-Grüder und Bauer beobachtet werden.

³⁰ Llamazares, Monica and Reynolds Levy, Laina (2003) *NGOs and Peacebuilding in Kosovo*. University of Bradford, Centre for Conflict Resolution, Working Paper 13. Sie zitieren Sarah C. White 2000:

'Depoliticising Development: The Uses and Abuses of Participation'. In *Development, NGOs and Civil Society*. Ed. by Pearce, Jenny. Oxford: Oxfam, 142-155, hier besonders S. 144,

³¹ Siehe mein Beitrag 'Frieden und / oder Gerechtigkeit?' im *FriedensForum* 6/2012.

³² Dies ist ein Problem, dem sich allerdings Staaten genauso wie Zivilgesellschaft gegenübersehen.

³³ Impuls für die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zur friedenspolitischen Neuausrichtung deutscher Politik. SprecherInnenrat der Plattform ZKB, 14.12.2012

Ebene nicht wirkungsmächtiger geworden als zum Ende der 1990er Jahre". Dieser Platz, der ihr eingeräumt wird, ist der eines Handlagers und Helfers der ansonsten militärgestützten Politik. Im Rahmen der vernetzten Sicherheit wird heute weitgehend so argumentiert, dass " *das Militär nicht alles tun könne, sondern es (auch) der zivilen Fachkräfte bedarf*". Es ist manchmal gerade das Militär selbst, das die Politik vor überzogenen Erwartungen in Bezug auf potentielle Kriegseinsätze warnt (so zu beobachten in Bezug auf Syrien).

Die Position der Bundesregierung ist, dass die Bundeswehr ein wesentliches Instrument der Sicherheitspolitik sei. „*Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sind auf absehbare Zeit ihre wahrscheinlicheren Aufgaben. ... Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung unterscheiden sich hinsichtlich Intensität und Komplexität nicht von Einsätzen zur Verteidigung von Bündnispartnern.*“ (Weißbuch 2006, S. 67) Diese Sätze verdienen einen näheren Blick. Letztlich steht hier, dass Konflikt durch Krieg verhütet werden soll. Das ist absurd.

Ansätze der ZKB laufen Gefahr, zum Handlanger militärgestützter Ansätze zu werden – zunächst einmal wird das Militär geschickt und dann (wenn nicht sogar schon gleichzeitig) die zivilen HelferInnen, die im Rahmen einer ‚Nachsorge‘ das vollenden sollen, was mit dem Einsatz bewaffneter Gewalt begonnen wurde – die Umwandlung der betroffenen Gesellschaft und deren Befriedung. Das ist natürlich vereinfachend und trifft so nicht in jedem Falle zu, aber die Gefahr ist unbestreitbar.

So schrieben Fisher & Zimina schon 2008: „*So, wie Friedensarbeit im Moment betrieben wird, verfestigt sie in vielen Fällen das bestehende Weltgefüge. Letzteres kann – wenn man uns den Jargon und die grobe Vereinfachung verzeiht – mit zwei Schlagwörtern umschrieben werden: geopolitische Hegemonie und globale Wirtschaftsunternehmen, die auf Kosten des Planeten und des Wohlergehens seiner Bewohner, einschließlich der Menschen, operieren. Viele Friedensstifter täuschen damit unbeabsichtigt andere und sich selbst und werden zu Kollaborateuren einer Weltordnung, die in ihrem Innersten ungerecht, unhaltbar und zerstörerisch ist.*“ (S. 5)³⁴

4. Fazit: Der Schlüssel liegt bei uns – hier muss Veränderung ansetzen

Um zusammenzufassen: Einige Trends in Bezug auf die Überwindung von Krieg (bewaffnetem Konflikt) als Form der Konfliktbearbeitung stimmen hoffnungsvoll, besonders wenn man etwas größere zeitliche Tiefe anlegt und nicht nur auf die Mikrotrends der letzten paar Jahre schaut. Friedensförderung bedeutet, ‚peace writ large‘ gegen den Widerstand vieler Akteure zu verfolgen. Die Hauptherausforderung, möchte ich behaupten, liegt nicht in den sog. „neuen Kriegen“³⁵ in Ländern des Südens. Und auch nicht im internationalen Terrorismus, dessen Bedrohung mir sowieso maßlos übertrieben scheint bzw. der schlicht eine neue Legitimationsfigur für Krieg ist, hinter dem in Wirklichkeit andere, geopolitische und von ökonomischen Interessen geleitete Motive stehen. Sie liegt in dem, was hier vereinfachend als Militarisierung der Außenpolitik bezeichnet wurde.

Der Diskurs geht dahin, zu sagen, dass ‚das Militär nicht alles leisten kann, sondern es ziviler Bemühungen bedarf‘³⁶. Ansätze der ZKB laufen Gefahr, zum Handlanger militärgestützter Ansätze zu werden – zunächst einmal wird das Militär geschickt und dann (wenn nicht sogar

³⁴ Fisher, Simon and Zimina, Lada (2008) Just Wasting Our Time? An Open Letter to Peacebuilders. [online] available from www.berghof-handbook.net [21.9.2012]

deutsch: Reine Zeitverschwendung? Ein offener Brief an Friedensstifter. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr 27, September 2008, Minden: Bund für Soziale Verteidigung

³⁵ Kaldor, Mary (2001) (Hrsg., 2. Auflage) New & Old Wars. Organized Violence In a Global Era. Cambridge: Polity Press

³⁶ Siehe Finckh-Krämer, Ute (2013) ‚Zur derzeitigen Diskussion um die und mit der Bundeswehr‘, in: *Friedensforum* 1/2013

schon gleichzeitig) die zivilen HelferInnen, die im Rahmen einer ‚Nachsorge‘ das vollenden sollen, was mit dem Einsatz bewaffneter Gewalt begonnen wurde – die Befriedung und Umwandlung der betroffenen Gesellschaft. Das ist natürlich vereinfachend und trifft so nicht in jedem Falle zu, aber die Gefahr ist unbestreitbar.

In den letzten Monaten konnte man, wenn man mit Offizieren der Bundeswehr sprach, noch eine weitere Tendenz beobachten, die man wohl noch vor zwei Jahren als undenkbar bezeichnet hätte: Die Wiedergeburt der Landesverteidigung. Offiziell ist sie natürlich nie aus dem Aufgabenkatalog des Militärs gestrichen gewesen. Aber in letzter Zeit hört man immer wieder, dass ein Angriff auf das eigene Land in längerfristiger Sicht vielleicht doch nicht so ausgeschlossen sei. Was also braucht es also? Kern einer Friedenslogik ist in meinen Augen die Delegitimierung von Krieg und Gewalt als Mittel des Schutzes und der Konfliktaustragung. Das führt zu vier Desiderata:

1. Das Entwickeln, Bekanntmachen und Praktizieren von Alternativen – ZKB, unbewaffnetem zivilen Peacekeeping, Propagierung und Förderung ökologisch nachhaltigen Formen des Wirtschaftens, und auch von Sozialer Verteidigung. Zivilgesellschaftliche (Fach-)Organisationen können und müssen hier die Führung übernehmen.
2. Protest und Widerstand gegen Kriege, gegen Waffenhandel, Aufrüstung, Militarisierung der Gesellschaft. Das erfordert eine Wiederbelebung und Stärkung der Friedensbewegung. Das Verhältnis zwischen Friedensbewegungs- und ZKB-Organisationen ist zugegebenermaßen nicht immer ganz einfach, auch wenn es eine beträchtliche Schnittmenge zwischen beiden gibt. Was nötig ist, ist auf der einen Seite eine Öffnung dafür, dass es nicht genügt, gegen etwas zu sein, und die Erkenntnis, dass der Feind meines Feindes nicht unbedingt mein Freund ist, sondern dass die Benennung und das Praktizieren von Alternativen erforderlich ist. Und auf der anderen Seite die Überwindung der Scheu, deutliche Worte zu finden und ihnen Taten folgen zu lassen, wenn in der Politik Dinge passieren, die man für falsch hält.
3. Veränderung von Sichtweisen – die kognitive Ebene. Ich will hier nicht behaupten, dass sie die wesentliche ist, aber sie spielt eine Rolle, denn kognitive Dissonanzen, die entstehen, wenn die Sicht auf die Dinge nicht mit dem Handeln in Einklang zu bringen sind, können, wenn die Überzeugung stark genug ist, und wenn auch meist mit Verzögerung, dazu führen, dass das Handeln dem Denken angepasst wird und nicht allein umgekehrt. Sonst lebten wir heute in einer anderen Gesellschaft, ohne Frauenwahlrecht und Berufstätigkeit von Frauen, aber mit unhinterfragtem Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, mit Sklaverei und routinemäßig angewandter Folter und Todesstrafe wie in allen Ländern. Zu dieser Veränderung von Sichtweisen gehören in erster Linie:
 - Überwinden des einzelstaatlichen Denkens. Wir denken immer noch im nationalen statt im globalen Rahmen. Schon in den 1980er Jahren hieß es im Kontext des Ost-West-Konfliktes: Sicherheit kann nur gemeinsame Sicherheit sein. Das gilt heute umso mehr. Um nur ein Beispiel aufzugreifen: Der herrschende Sicherheitsdiskurs (s. Weißbuch) spricht von Migrationsbewegungen als Bedrohung für uns. Aber zuerst sind die Ursachen jener Migration das, was die Menschen bedroht, die dann fliehen oder sich zur Auswanderung entschließen. Sie sind die primär Bedrohten.
 - Durchdenken dessen, was man eigentlich sagt und tut. In der Einleitung zur Tagung steht: „Umso wichtiger sind handlungsleitende Prinzipien wie ‚Do no harm‘ ...“. „Do no harm“ – es ist ein Witz, wenn in der zivilgesellschaftlichen Arbeit gefordert wird, „implizite ethische Nachrichten“ zu vermeiden, wie sie durch den Einsatz bewaffneter Wächter oder durch eine Priorisierung des Schutzes der internationalen MitarbeiterInnen entstehen, oder dass man Behörden nicht in einem aggressiven Ton gegenüber treten soll, aber andererseits hingenommen wird oder sogar kooperiert wird, wenn internationales Militär nicht nur Gewalt androht, sondern Menschen tötet und Dörfer und Infrastruktur zerstört.
 - Eine konsequente Orientierung an und ein frischer Blick auf die bereits etablierten Menschenrechtskodices, der individuellen wie der kollektiven Menschenrechte. Für sie alle sind die Menschenwürde und der Schutz des Lebens grundlegend. Wie kann also

hingegenommen werden, dass sie in einer Institution, dem Krieg, außer Kraft gesetzt werden? Hier sehe ich die öffentliche Diskussion, die Medien, die Hochschulen und auch die Kirchen als wichtige Akteure.

- Infragestellen einiger Denkgewohnheiten, die so tief in unserer Kultur verankert sind, dass wir sie uns nur selten bewusst machen: Die Welt in gut und böse, schwarz und weiß zu teilen, und infolgedessen bei jedem bewaffneten Konflikt eine Seite zu suchen, die im Recht ist, die „die Guten“ sind. Ebenso gehört dazu das teleologische Denken, die Grundannahme, dass sich die Welt auf ein Ziel hin verändere, die Überzeugung, dass Veränderung zielgerichteter Fortschritt ist – in unserem Bereich etwas die Annahme von „weltweiter Demokratisierung“ als laizistischem Endzustand, wo dann alles, was in dieses Zielbild nicht hineinpasst, als „Rückfall“ oder „anachronistisch“ gesehen wird. Oder die Annahme, das alles „machbar“, „regulierbar“ sei, und es im schlimmsten Falle noch an den passenden Instrumenten fehle, es wirklich zu tun.
4. Eine Konfliktorientierung anstelle einer Sicherheitsorientierung, wie es Hanne Birckenbach in ihrem in W&F 2012³⁷ veröffentlichten Aufsatz beschrieb. Sie bedeutet, mit eigenen Worten ausgedrückt, etwas mehr Relativismus, die schlichte Anerkennung, dass es unterschiedliche Positionen und Bestrebungen gibt. Die Welt ist nicht so einfach wie das Orangenbeispiel aus der Mediationsausbildung. Solange wir an Konflikte und Dissense mit der Einstellung herangehen, die „andere Seite möge verschwinden“, solange ist die Konsequenz daraus letztlich die physische Vernichtung. „Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ – dieser Satz von Rosa Luxemburg ist in seiner Tiefe immer noch eine herausfordernde Leitschnur.

³⁷ Birckenbach, Hanne-Margret (2012) ‚Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Gegenentwürfe aus der Zivilgesellschaft‘. In: *Wissenschaft & Frieden* 2012-2: 42–47



Pazifismus und Militärkritik

Aktuelle Projekte des Bundes für Soziale Verteidigung

Der Bund für Soziale Verteidigung ist ein pazifistischer Fachverband der deutschen Friedensbewegung zur Entwicklung von Alternativen zu Militär und Gewalt. Er ist 1989 gegründet worden. Meilensteine bei der Entwicklung des BSV waren das Balkan Peace Team (1994-2001), die Einrichtung des Zivilen Friedensdienstes und die innergesellschaftliche Kampagne Wege aus der Gewalt.

Neben der Geschäftsstelle in Minden engagieren sich die 450 Einzelmitglieder und 40 Mitgliedsorganisationen im Vorstand und fünf bundesweiten Arbeitsgruppen. Etwa 1000-1500 Menschen unterstützen uns mit ihrer Spende.

Sich Einmischen in sicherheitspolitische Debatten

In Afghanistan, im Aktionsplan für Zivile Krisenprävention und anderswo betont die Bundesregierung gerne die "zentrale Rolle des Zivilen". Tatsächlich stehen hierfür jedoch nur ein Bruchteil der Mittel und Kapazitäten zur Verfügung und zivile Helfer müssen sich im Zweifelsfall den militärischen Befehlshabern unterwerfen. Gemeinsam mit anderen Friedens- und Entwicklungsorganisationen fordern wir daher bis 2020 mehr Ressourcen für zivile Friedensarbeit. Durch Beteiligung an Dialogveranstaltungen, durch Lobbyarbeit und in eigenen Veranstaltungen, im Internet und Medien und in Gesprächen mit Politikern machen wir die Erfolge und Potenziale der gewaltfreien Friedensarbeit bekannt und helfen so, den nötigen Druck aufzubauen, damit Zivil tatsächlich Vorrang bekommt.

Netzwerk Friedenskooperative

Das Büro der Friedenskooperative ist vor allem über die Organisation der bundesweiten Großdemonstrationen der Friedensbewegung (z.B. am 15.02.2003 gegen den Irakkrieg) bekannt geworden. Darüber hinaus stellt die Friedenskooperative auf ihrer Webseite einen ausführlichen Kalender mit lokalen Aktionen und Veranstaltungen zur Verfügung und gibt das zweimonatige "Friedensforum - Zeitschrift der Friedensbewegung" heraus, in dessen Redaktion eine Mitarbeiterin des BSV tätig ist. (<http://www.friedenskooperative.de/>)

Kooperation für den Frieden

Die Kooperation für den Frieden ist ein offener Zusammenschluss aller interessierten Gruppen und Organisationen aus der Friedensbewegung zur Beratung und Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten und Kampagnen, damit wir bei aller Vielfalt und Spezialisierung gemeinsam handeln können. Hierzu organisiert die Kooperation für den Frieden jährliche Strategiekonferenzen und gibt die Monitoring-Dossiers mit Analysen und Lösungsmöglichkeiten zu aktuellen Konflikten heraus. (www.koop-frieden.de)

Aktion Aufschrei

Die Aktion Aufschrei, ein Bündnis von Friedensgruppen, die sich für das Ende aller Rüstungsexporte einsetzt und Alternativen zur Rüstungsproduktion aufzeigen will. U.a. fordert sie die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes von Rüstungsexporten durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2).

Der BSV stellt ReferentInnen zu den genannten Themenbereichen. Bitte wenden Sie sich an unsere Geschäftsstelle.

Siehe auch unsere Infoblätter auf

<http://www.soziale-verteidigung.de/nc/material/infoblaetter/>